

AGS:NACHRICHTEN

Herausgeber: Landesvorstand der
AGS in NRW | www.ags-in-nrw.de

Ausgabe Nr. 71 | Sept. 2013

INFORMATIONSDIENST DER ARBEITSGEMEINSCHAFT SELBSTÄNDIGE IN DER SPD

seite 1



EIN BESSERES LAND
KOMMT NICHT VON ALLEIN.

Es ist Wahlkampf ... *Aber nicht nur!*

Endlich! Die „heiße Phase“ des Wahlkampfes hat begonnen. Wahlkampf: Das können wir Sozis. Da machen wir mit! Die AGS:NACHRICHTEN haben bereits Beiträge gebracht (in der Mai-Ausgabe „Das Wir entscheidet“, im Juli „Und es ist Sommer“). Hier nun unsere WAHLKAMPF-Ausgabe!

Denjenigen (zahlreichen) Lesern, die sich (noch) nicht zur Sozialdemokratie bekennen, empfehlen wir Gelassenheit. Auch bei fehlender Zustimmung zu einigen Beiträgen: Es lohnt sich immer, die AGS:NACHRICHTEN zu lesen. Und ab September tauschen wir die Keule wieder mit dem Florett. Versprochen! Nach dieser Ausgabe gibt es Beiträge, die nichts mit Wahlkampf zu tun haben. Oder: nicht nur.

Auch wenn es Frau Merkel nicht gefällt: Der Wahlkampf hat das Bewusstsein der Menschen in unserem Lande endlich erreicht. Alle Einschläferungsversuche werden scheitern. Und so darf sich CDU/FDP und die Noch-Kanzlerin aller (?) Deutschen nicht wundern, dass es nun verstärkt auch gegen die Kanzlerin geht. Programmatisch ist die CDU völlig abgetaucht. Sie hat „von allem ein wenig“ im Angebot, ansonsten reicht der CDU die Rolle als Kanzlerinnen-Wahlverein. Schade. Die deutsche Politik könnte durchaus einige Impulse aus dem sogenannten bürgerlich-liberalen Lager gebrauchen.

Aber: Fehlanzeige! So hat die Kanzlerin die politische Diskussion selbst auf sich und ihr (Nicht-)Handeln gezogen. Sie ist die Kanzlerin. Sie hätte die Richtlinien der Politik bestimmen und damit Verantwortung übernehmen müssen.

Jeder Programmpunkt der SPD ist auch ein Vorwurf an die Kanzlerin wegen ihrer Untätigkeit beim jeweiligen Thema.

Gezielte Untätigkeit bleibt nicht folgenlos. Sie nützt den Falschen, ob gewollt oder ungewollt! So kann man Kanzlerin Merkel durchaus berechtigt, aber wenig schmeichelhaft verschiedene Attribute hinzufügen. Ohne den Anspruch auf Vollständigkeit ist sie ...

• **die Kanzlerin der Steuer-Hinterzieher und -Vermeider:**
Sie ist Schutzpatronin reicher Steuer-Krimineller und internationaler Konzerne (→ „Steuerbetrug bekämpfen – mit der Kavallerie, oder nur mit vollmundigen Ankündigungen?“).

• **die Kanzlerin des Lohn-Dumpings:**
Die Regierung war erfolgreich bei der Bewahrung eines ungerechtfertigten Lohngefälles. Wettbewerbsverzerrendes Lohndumping wurde geduldet: 6,8 Mio. Menschen bekommen weniger als 8,50 €/Std., auch zum Schaden aller Betriebe, die leistungsgerechte, auskömmliche Löhne zahlen! Für die Zeit nach der Wahl vertröstete man Arbeitnehmer und Kleinbetriebe mit „Mindestlohn Light“.

• **die Kanzlerin der Alliierten:**
Von umfassender Ausspähung unserer Wirtschaft durch unsere alliierten „Freunde“ will sie nichts gewusst haben. Aber trotzdem wusste sie, das alles nicht so schlimm sei. „Schaden vom deutschen Volk wenden“ sieht anders aus.

• **die Kanzlerin der Wende von der Energiewende:**
Einst Chefsache, ist die Energiewende zunächst gescheitert, auch Dank des Wirtschaftsministeriums und dem Einfluss der Energie-Multis. Eine Zukunfts-Aufgabe und -Chance wurde auf die ganz ferne Zukunft verschoben.

Inhalt

seite 1

„Es ist Wahlkampf. Aber nicht nur!“1

Wahl 2013

Wahlauf Ruf der AGS-Landesverbände bei Facebook: „Mittelstand braucht Fachverstand“3

Wirtschaft

Dritte Säule des NRW-Mittelstandsgesetzes: Elektronische Gewerbemeldung vereinfacht Gründungen in NRW4

Kneipensterben in NRW durch Nichtraucherschutzgesetz?5

Handel

Aus neu mach alt mach neu? Neues NRW-Marktgesetz soll Trödelmärkte regulieren6

Steuern

Kleine Unternehmen hoffen auf SPD-Wahlsieg: Steuerbetrug bekämpfen – mit der Kavallerie, oder nur mit vollmundigen Ankündigungen?8

AGS regional & weltweit

Düsseldorfer Unternehmer für den Mindestlohn.....9
Innenansichten eines Entwicklungshelfers in Afghanistan.....9

150 Jahre SPD

Das Deutschlandfest der SPD: 250.000 Menschen feiern in Berlin (inkl. Fotostrecke)11

AGS intern

Wir sind dabei – auch in Zukunft! Die AGSNRW auf dem Zukunftskonvent der NRWSPD (inkl. Fotostrecke).....14

Service

Termine, Redaktionsschluss, Impressum16

AGSNRW interaktiv

eMail: info@ags-in-nrw.de

Internet: www.ags-in-nrw.de

Facebook: AGSNRW

Twitter: @agsnrw

Forts. „Es ist Wahlkampf. Aber nicht nur ...“

• die Anti-Europa-Kanzlerin:

Notwendige Reformen wurden blockiert; Deutschland, selbst „reformlahm“, zerstört mit unrealistischen Reformforderungen an andere sein Ansehen und damit auf lange Sicht auch seinen Einfluss. Zum alternativlosen „Mehr Europa“ hat diese Kanzlerin keine Beiträge geliefert, im Gegenteil: Sie löst keine Probleme, sie ist selbst Teil des Problems.

• die Kanzlerin der „Herdprämie“:

Die Kanzlerin ist verantwortlich für eine Familienpolitik aus der Steinzeit. Betreuungsgeld statt Kita und frühkindliche Bildung! Frauenquote: demnächst. Eine Anerkennung gleichgeschlechtlicher Partnerschaften: nur wenn ein Gericht dazu zwingt. Gleicher Lohn bei gleicher Arbeit für Frauen: das muss der Markt regeln. Irgendwann.

• die Kanzlerin der verrottenden Infrastruktur:

Die Transportwege, die Adern unserer Wirtschaft, verstopfen und veraltern zusehends. Keine Beipässe, außer die x-te neue Ortsumgehung in Bayern. Flächendeckender Ausbau schneller Datennetze: Fehlanzeige!

• die Kanzlerin der Versicherungskonzerne, der Chefärzte und der Pharma-Industrie:

Ob 2-Klassen-Medizin, Gesundheits- und Altersabsicherung als sichere Geldquelle für Versicherungskonzerne oder fehlende bezahlbare soziale Absicherung für Selbständige: die Kanzlerin sieht keinen Handlungsbedarf.

• die Kanzlerin der Wahllügen:

Versprochene Wohltaten, die 30 Mrd. Euro kosten werden, aber keine Steuererhöhungen. Keine Vergemeinschaftung von Euro-Schulden, aber: die nächste Griechenlandhilfe wird kommen.

Es gibt aber auch Attribute, mit denen Frau Merkel sich selbst gerne schmückt: Sie wäre gerne ...

• die Kanzlerin der besten Regierung nach der Wiedervereinigung:

Diese Kanzlerin ist verantwortlich für eine Regierungspolitik, die nichts von den eigenen Zielen umgesetzt hat, und die keine konkreten Ziele für die Zukunft hat. Mit ihrer „Gurkentruppe“ war und wäre das auch schwierig.

• die Kanzlerin der erfolgreichen Wirtschaftsentwicklung:

Der deutschen Wirtschaft geht es gut. Nicht wegen, sondern trotz der Regierung Merkel. Grundlagen zu einer wachsenden Wirtschaft hat die Regierung Schröder geschaffen.

• **die Kanzlerin der soliden Finanzen:** Trotz Steuereinnahmen in Rekordhöhe hat die Merkel-Regierung immer mehr neue Schulden gemacht. Aber nicht für Zukunftsinvestitionen, sondern für Klientel-Politik.

Noch mehr Beispiele? Es gibt noch beliebig viele! Alternativen? Bitte im Wahlprogramm der SPD nachsehen:

➔ http://www.spd.de/95466/regierungsprogramm_2013_2017.html

Ist die Kanzlerin tatsächlich „an allem schuld“? Nein. Unfähige Fachministerinnen und -minister standen ihr hilfreich zur Seite. Aber ausgewechselt hat sie nur diejenigen, die ihr unbequem wurden. Aus dem ständigen Streit zwischen FDP und CDU und der damit verbundenen gegenseitigen Blockade hat sie sich rausgehalten. Wie aus allem, was für Sie unbequem war.

Ihrer Pflicht und Aufgabe als Kanzlerin, Richtlinienkompetenz wahrzunehmen, ist sie nicht nachgekommen.

Forts. „Es ist Wahlkampf. Aber nicht nur ...“

Ist das, was diese Kanzlerin in der letzten Wahlperiode getan bzw. nicht getan hat, nur Unfähigkeit? Oder ist es dem eigenen Machterhalt geschuldet? Oder diene alles dem Ziel einer „marktkonformen Demokratie“? Was wäre schlimmer?

Wir wissen es nicht. Wir wissen nur: So kann es nicht weiter gehen in unserem Land. **Wir brauchen eine Politik, die gestaltet, die handelt.** Wir brauchen den Regierungswechsel! Am 22.

September werden dazu die Weichen gestellt!

Wie? Karl Graf von Berlepsch hat es in seinem Gedicht „Der Weichensteller“ beschrieben: Opfer bringen für die Zukunft anderer. Dazu waren Sozialdemokraten oft bereit.

Wir statt ich, persönlicher Einsatz für unser Land, für Deutschland „Voll Menschenglück – eine kleine Welt!“, wie es im Gedicht heißt.

Lasst uns beim Weichenstellen helfen, damit die Züge endlich wieder in die richtige Richtung fahren können!



In diesem Sinne: Los geht's!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW

WAHL 2013

Wahlauftritt der AGS-Landesverbände bei Facebook: „Mittelstand braucht Fachverstand“



Deutschland als größte Volkswirtschaft in der Europäischen Union braucht einen Kanzler mit wirtschafts- und finanzpolitischem Sachverstand.

Wir brauchen eine ausgewogene europäische Wachstumsstrategie. Die geforderten Sparanstrengungen in überschuldeten Ländern müssen auch tatsächlich umgesetzt und die Kosten nicht verschleiert werden. Wir dürfen

als Exportnation die Wirtschaft unserer Kunden aber nicht kaputtsparen. Peer Steinbrück hat in der Finanzkrise gezeigt, wie Konsolidierung und Investitionsanreize erfolgreich verknüpft werden können.

Die deutsche Wirtschaft braucht Verlässlichkeit. Wir brauchen eine Energiewende, aber keine laufenden Piouetten. Die Volten der jetzigen Bundesregierung haben das Vertrauen

von Investoren in die regenerativen Energien nachhaltig geschädigt. Dadurch wurde der Aufbau wirtschaftlicher Strukturen verhindert und die Energiekosten für den Mittelstand in die Höhe getrieben. Wir brauchen einen Kanzler der Ökologie und Ökonomie erfolgreich verbindet.

Das deutsche Modell der sozialen Marktwirtschaft lebt von der sozialen Gerechtigkeit. Dies heißt auch, dass

starke Schultern mehr tragen müssen als schwache Schultern. Deshalb unterstützen wir die Initiative für einen höheren Spitzensteuersatz und einen flächendeckenden Mindestlohn. Auch viele Selbständige sind auf ein funktionierendes Sozialsystem z. B. über eine Bürgerversicherung angewiesen. Wir brauchen einen sozialdemokratischen Kanzler, der diesen Zusammenhalt als Basis unseres Wirtschaftsmodells sichert.

Unternehmerisches Denken heißt entscheiden wollen: Wir brauchen einen Kanzler, der Klartext spricht und eine klare Richtung vorgibt und nicht labiert, einen Kanzler in der Tradition von Helmut Schmidt und Gerhard Schröder. Deshalb wollen wir Peer Steinbrück als nächsten Kanzler der Bundesrepublik Deutschland.

Wir unterstützen Peer Steinbrück! <

Die Wählerinitiative „AGS für Steinbrück“ ist bei Facebook unter [facebook.com/AGSfuerSteinbrueck](https://www.facebook.com/AGSfuerSteinbrueck) erreichbar. In der ersten 24 Stunden seit Veröffentlichung der Seite haben schon über 100 Unterstützer des Wahlaufrufs auf „Gefällt mir“ geklickt und mitdiskutiert.



WIRTSCHAFT

Dritte Säule des NRW-Mittelstandsgesetzes steht: Elektronische Gewerbeanmeldung vereinfacht Gründungen in Nordrhein-Westfalen

Bürokratieabbau und transparente, mittelstandsfreundliche Gesetzgebung – das waren und sind wichtige Ziele der NRW-Landesregierung. Ein Schritt auf dem Weg zum Bürokratieabbau ist die Möglichkeit zur elektronischen Gewerbeanmeldung, die nun in NRW im Probetrieb läuft. Und so konnte Wirtschaftsminister Garrelt Duin froh verkünden: „Damit setzen wir Maßstäbe für eine moderne, kostengünstige Verwaltung und treiben den Bürokratieabbau weiter voran.“



**Wirtschaftsminister
Garrelt Duin**

(Ddf.) Der für viele Gründer lästige Papierkram bei der Gewerbeanmeldung soll bald Geschichte sein. „Wir werden in den kommenden Monaten die elektronische

Gewerbeanmeldung in Nordrhein-Westfalen konsequent vorantreiben und damit Maßstäbe für eine moderne, kostengünstige Verwaltung setzen.

Ziel ist es, die erforderlichen Formalitäten bei der Anmeldung eines Gewerbes mit einem Klick zu erledigen.“ erklärte Wirtschaftsminister Garrelt Duin anlässlich der konstituierenden Sitzung des neuen Mittelstandbeirates der Landesregierung in Düsseldorf.

Fachleute schätzen, dass bundesweit durch die elektronische Gewerbeanmeldung die Bürokratiekosten um rund 18 Mio. Euro jährlich gesenkt werden können. Für Nordrhein-Westfalen belaufen sich damit mögliche Einsparungen auf mindestens 3,6 Mio. € pro Jahr. Der Probetrieb für dieses anspruchsvolle Modernisierungsprojekt ist erfolgreich angelaufen. Jetzt geht es darum, möglichst schnell möglichst viele Landeseinrichtungen, aber auch die Kommunen von diesem Prozess zu überzeugen: „Wir werden die Städte und Gemeinden dabei nach Kräften unterstützen“, so Minister Duin. (Aus der Presseerklärung des MWEIMH)

Diese frohe Kunde für die Wirtschaft in NRW verkündete Duin auf der kon-

stituierenden Sitzung des neuen Mittelstandbeirats. „Serviceorientierung und Bürokratieabbau“, so lautet das Thema des ersten Arbeitsprogramms dieses Mittelstandbeirats, der dritten Säule des NRW-Mittelstandsgesetzes.

Weiter aus der Presseerklärung des MWEIMH:

Der Beirat ist – neben Clearingstelle und Clearingverfahren – die dritte Säule des neuen Mittelstandsförderungsgesetzes. Er hat u. a. die Aufgabe, den Ablauf und die Wirksamkeit von Clearingverfahren zu begleiten und zu bewerten. Clearingstelle und Clearingverfahren gestalten Gesetzes- und Verordnungsvorhaben der Landesregierung in Nordrhein-Westfalen im Interesse der mittelständischen Wirtschaft mit.

Ziel des Beirats ist es, die Mittelstandspolitik pragmatisch an den Bedürfnissen und Bedingungen kleiner und mittlerer Unternehmen zu orientieren. Mitglieder des Beirats sind hochrangige Repräsentanten der mittelständischen Wirtschaft in Nordrhein-Westfalen und der kommunalen Spitzenverbände, die auf Vorschlag ihrer jeweiligen Organisationen von Ministerpräsidentin Hannelore Kraft für die Dauer einer Wahlperiode berufen werden.

Prof. Dr. Wolfgang Schulhoff, Präsident des nordrhein-westfälischen Handwerkstags (NWHHT), ist Erster Vorsitzender des Gremiums.

Die AGS wünscht viel Erfolg bei der Arbeit!

➔ **Pressemeldung des MWEIMH NRW**



(Foto: MWEIMH NRW/Hojabr Riahi)

WIRTSCHAFT & GESUNDHEIT

Kneipensterben in NRW durch Nichtraucherschutzgesetz?

Der Streit ist nicht ausgestanden

Seit gut 100 Tagen gibt es ein strenges Nichtraucherschutzgesetz in Nordrhein-Westfalen. Es ist am 1. Mai 2013 in Kraft getreten.

Das Gesetz stößt immer noch auf Proteste. Denn es bedeutete auch das Aus für extra eingerichtete Raucherbereiche in Kneipen (die AGS:NACHRICHTEN berichteten). Die AGS hatte fehlende Übergangsfristen kritisiert, da viele Gastwirte in Raucherbereiche investiert hatten. Das wurde durch die neue Gesetzgebung eine Fehlinvestition, an der viele Wirte schwer zu tragen hatten und haben.

Der Deutsche Hotel- und Gaststättenverband (DEHOGA) warnte gar „vor den existentiellen Folgen gerade für Eckkneipen“. Nun sieht sich der DEHOGA bestätigt, auch wenn er seine Befürchtungen nicht eindeutig mit Zahlen belegen kann.

Laut DEHOGA haben in den Regierungsbezirken Köln und Düsseldorf im ersten Halbjahr 525 Betriebe und damit gut hundert mehr als im Vor-

jahreszeitraum geschlossen. Eine DEHOGA-Umfrage in Düsseldorf ergab, dass Einkünfte nach Beginn des Rauchverbots zwischen zehn und 50 Prozent geschrumpft sind. Der DEHOGA sieht aus seiner Sicht weitere Tausende Kneipen und Clubs existentiell gefährdet, auch wenn sicher nicht alle Betriebsaufgaben und Umsatzverluste auf das Rauchverbot zurückzuführen sind.

Der Protest hält trotzdem an, ein Volksbegehren soll das Gesetz wieder kippen.

Gesundheitsministerin Barbara Steffens (Grüne) lässt sich davon nicht beeindrucken und sieht die Mehrheit der Bevölkerung hinter sich. Eine Sprecherin des Ministeriums erklärte, es seien klare Verhältnisse für Wirte, Gäste und Ordnungsämter geschaffen.

Allerdings soll das Gesetz nun in einem Jahr auf seine Folgen hin überprüft werden. Was dann evtl. für etliche Kneipen zu spät ist. Vielleicht unterstützt Ministerin Steffens dann einen Armuts-Fond oder eine Solidaritäts-Abgabe für insolvente Wirte, die Opfer einer politischen Regulierungswut geworden sind. <

HANDEL

Aus neu mach alt mach neu?

Neues NRW-Marktgesetz soll Trödelmärkte regulieren

Es ist ein Spaß für die ganze Familie: Der sonntägliche Besuch eines Trödelmarktes. Es ist aber auch der Not gehorchende Sparsamkeit: der Einkauf des täglichen Bedarfs auf den Sonntagsmärkten.

Denn längst überwiegt das Angebot von Neuwaren. Und der soll in NRW zumindest eingeschränkt werden. Wie Wirtschaftsminister Garrelt Duin unlängst ankündigte, will die Landesregierung NRW dazu ein „Marktgesetz“ erlassen.

Denn eine Regulierung ist erforderlich. Auf den jährlich etwa 3500 Trödelmärkten in NRW mit ca. 32 Millionen Besuchern pro Jahr wird meist mehr Neuware als Trödel verkauft. Vorbei am stationären Handel, oft vorbei am Finanzamt, vorbei an allen Wettbewerbsregeln und dem Verbraucherschutz.



Wirtschaftsminister
Garrelt Duin

Duin bemerkt dazu, dass dieses Geschäftsmodell sich bundes- wie landesweit ausgebreitet habe.

Allein mit den bisherigen gesetzlichen Bestimmungen sei es kaum möglich, den überbordenden Verkauf neuer Waren auf Trödelmärkten rechtssicher und praxistauglich einzuschränken. Die geplante Novelle dürfe auch nicht die Falschen treffen, wie etwa beliebte Traditions- und Weihnachtsmärkte.

„Wir sind in enger Abstimmung mit allen Fraktionen, um ein Marktgesetz auf den Weg zu bringen“, sagte NRW-

Wirtschaftsminister Duin. Auch die Kommunen will er einbinden.

Das Problem mit den Neuwaren auf Märkten gibt es auch in anderen Bundesländern. Ein grundsätzliches Verbot von Neuwaren auf Trödelmärkten, wie in Berlin, wird es aber in NRW nicht geben, sondern eher eine Beschränkung.

NRW könnte sich am Regelmodell von Rheinland-Pfalz orientieren und die Zahl der Termine begrenzen. Das geplante Marktgesetz könnte so das bestehende Ladenöffnungsgesetz NRW ergänzen. Dieses Gesetz erlaubt höchstens elf geschäftsoffene Sonn- und Feiertage pro Jahr und Gemeinde, jeder einzelne Laden darf an maximal vier Sonntagen verkaufen. Trödelmärkte können aber weder durch Ladenschluss- und Feiertagsgesetze noch durch die Gewerbeordnung rechtssicher reguliert werden.

Das Problem liegt in der Abgrenzung: Neuwarenverkauf im großen Stil soll verhindert, aber für Wohltätigkeitsbasare und Weihnachts- bzw. Brauchtumsmärkte muss der Bestand gesichert werden.

Der **Verband deutscher Marktgestalter (VDM)** kritisiert die Gesetzesplanung. Er sieht Arbeitsplätze in Gefahr. Außerdem würden auch viele stationäre Einzelhändler Sonntagsmärkte

zum Verkauf ihrer Waren nutzen. **Norbert Hermanns**, stellvertretender Vorsitzender des VDM in einer Presseerklärung vom 2. Juli 2013:

„Wir weisen nachdrücklich darauf hin, dass Beschränkungen von Sonntagsmärkten hinsichtlich ihres Neuwarensortiments zu starken Benachteiligungen führen, die neben den Marktgestaltern vor allem gewerbliche Markthändler treffen werden. Diese Kleinst-Gewerbetreibenden, deren Anzahl allein in NRW bei rund 40.000 liegt, sind meist zugleich niedergelassene Einzelhändler in Nebenlagen, die auf die Teilnahme an Sonntagsmärkten angewiesen sind, um ihre Umsatzeinbußen mit dem dortigen Verkauf auszugleichen. Der hierfür nötige Umsatz würde nicht auf werktägigen Märkten von montags bis samstags erzielt, sondern an Sonn- und Feiertagen.“

Dagegen fordert der **Einzelhandelsverband NRW** ein Einschreiten des Landes gegen den „unregulierten und wettbewerbsverzerrenden Verkauf von Neuwaren auf Trödelmärkten“. **Peter Achten**, Hauptgeschäftsführer des Handelsverbands NRW: Man habe „nichts gegen Trödelmärkte, die dieser Bezeichnung im Wortsinn auch gerecht werden und die zum Stöbern, Staunen und Trödeln einladen“, sagte er in einem Interview mit dem WDR. Es sei „aber nicht hinnehmbar, dass der Begriff Trödelmarkt dazu genutzt wird, geltendes

Recht des Sonntagsschutzes teilweise in großen Stile zu unterwandern.“

Dipl.-Vw. Jörg Hamel, Geschäftsführer des Einzelhandels- und Dienstleistungsverbands Aachen-Düren-Köln e.V., weist auf viele Probleme ungeregelter Sonntagsmärkte hin: „Hygienevorschriften, Verbraucherschutzregeln, arbeitsrechtliche Verpflichtungen, Ladenöffnungszeiten – dies alles spielt bei diesen Billig-Märkten unter freiem Himmel oftmals keine Rolle oder wird nicht kontrolliert. Die Kommunen sind häufig überfordert, sonntags hier zu kontrollieren oder Präsenz zu zeigen. Hier werden auch Plagiate gehandelt.“

Manfred Piana, Haupt-Geschäftsführer des EHDV, sieht den Charme von Trödelmärkten durch Neuwarenverkauf in Gefahr. Er kann sich mit dieser Einschätzung sicher mit vielen Freizeitbesuchern einig fühlen.

Aber was ist mit den Menschen, die aus Not den Trödelmarkt als billige Einkaufsquelle für Neuwaren des täglichen Bedarfs nutzen? Bei allem Verständnis für deren Lage: Ein billiger Einkauf rechtfertigt nicht die Nutzung gesetzlicher Grauzonen und die Umgehung von Gesetzen.

Ganz nebenbei: Wie hoch der vermutliche Verlust an Gewerbesteuer für die Kommunen ist, lässt sich kaum ahnen. Jeder auf Sonntagsmärkten ausgegebene Euro fehlt in den Kassen der stationären Händler in den Kommunen. Und fehlt auch bei der Gewerbesteuerveranlagung.

Die Trödelmärkte sind für die Kommunen kaum kontrollierbare „Grau-Zonen“. Gerichtsbeständige Regelungen sind daher auch im Interesse der Städte und Gemeinden. Das sieht der **VDM** natürlich anders. Dem „erscheint ein Verzicht auf Gebühren im Rahmen der Festsetzungs- und Genehmigungsverfahren nicht nachvollziehbar“.

Der VDM beziffert diese Einnahmen mit bundesweit durchschnittlich 3,6 Millionen Euro. Hinzu kämen weitere finanzielle Einnahmen wie Sondernutzungsgebühren, Mieten und Gewerbesteuer ansässiger Markthändler und -veranstalter, „die die größte kommunale Einnahmequelle bilden“, so der **VDM**.

Unterstützung für die Marktgestalter kommt von „den Marktliberalen“, von der FDP. Der wirtschaftspolitische Sprecher der FDP-Landtagsfraktion, **Dietmar Brockes**: „Mit dem von Wirtschaftsminister Duin geplante Marktgesetz droht uns die nächste Verbote- und Bürokratiewelle. Trödelmärkte stehen in einer Jahrhunderte alten Tradition des Marktwesens. Es ist inakzeptabel, diese Tradition durch ein generelles Trödelmarkt-Verbot an Sonn- und Feiertagen grundsätzlich zu brechen.“

Bei der CDU kann die Landesregierung dagegen auf Zustimmung zu einem Marktgesetz hoffen. Sie hat sich nämlich für gesetzliche Beschränkungen ausgesprochen. Aber gilt das auch noch, wenn es zur Abstimmung kommt?

Es gibt noch viel Arbeit bei der rechtssicheren Regulierung der Sonntagsmärkte. Ein Gesetzentwurf soll schon in wenigen Wochen vorliegen.



Rainer Schmeltzer,
stv. Fraktionsvors.

Rainer Schmeltzer, stellvertretender Fraktionsvorsitzender der NRW-SPD, gab folgenden Kommentar zur Auseinandersetzung zwischen Gegnern und Befürwortern und dem Stand des Verfahrens: „Wir stehen erst am Anfang des Verfahrens. Die Hinweise des Einzelhandels zum Neuwarenverkauf auf den Trödelmärkten waren deutlich.“

Das Ladenöffnungsgesetz sichert die Sonntagsruhe und schränkt den Verkauf von Neuwaren ein. Jetzt gilt es abzuwarten, wie die Entwürfe des NRW-Wirtschaftsministers für ein Marktgesetz durch die Clearingstelle, die neu im Mittelstandsgesetz verankert ist, bewertet werden. Ich bin da guter Dinge, schließlich sitzen Wirtschaftsvertreter in dieser Clearingstelle. Fazit: erst abwarten, dann kritisieren.“

➤ **Hintergrundinformationen auf den Seiten des Landtags (PDF)**

STEUERN

Kleine Unternehmen hoffen auf SPD-Wahlsieg:

Steuerbetrug bekämpfen – mit der Kavallerie, oder nur mit vollmundigen Ankündigungen?

Vollmundige Ankündigungen zur Bekämpfung von Steuerbetrug gab es von der Regierungskoalition viele, meist nebulös und wenig konkret. Umgesetzt wurde davon kaum etwas. Wen wundert's? Anders die SPD: Hier hört man Aussagen mit „Klarer Kante“, notfalls durchzusetzen „mit der Kavallerie“.

Die SPD-Steuer- und -Finanzpolitik gehört also auch zu den Politikfeldern, auf denen sich Koalition und SPD deutlich unterscheiden. Selbst der Mut zur Ankündigung von Steuererhöhungen zur Finanzierung notwendiger Vorhaben fehlt da nicht. Mehr Lasten auf Schultern, die mehr tragen können, so lautet das Ziel.

Eine zweite Säule der Finanzierung eines Haushaltes sind Einnahmen durch die Bekämpfung von Steuerkriminalität und Steuervermeidungspraktiken.

Der nordrhein-westfälische Finanzminister **Walter Borjans** sieht die stärkere Bekämpfung von Steuerbetrug als Beitrag zur Gerechtigkeitsdebatte und zur Wahrung des inneren Friedens. Er warf der Bundesregierung fehlendes Engagement im Kampf gegen Steuerbetrug vor. Es gehe bei Schwarz-Gelb „zwar rhetorisch voran“, aber Handeln sei nicht abzusehen. Was im Augenblick bei der bundesdeutschen Gesetzgebung geschehe, sei „eine Menge Etikettenschwindel und es ist immer noch Klientelpolitik im Hintergrund“.

Auch der frühere Bundesfinanzminister **Peer Steinbrück** will entschiedener gegen Steuerbetrug und legale Steuervermeidung durchgreifen. Damit wird es für ihn „naheliegender“, die Steuerlast der Bürger zu verrin-

gern. Wenn es dafür Spielraum gibt! Für eine effektivere Bekämpfung von Steuerbetrug brauche man ausreichend gut ausgebildete Steuerfahnder und die Aufhebung automatischer Verjährung bei Steuerbetrug. Steuerbetrug verursacht für den Staat einen Schaden von mindestens 30 Mrd. Euro jährlich. Noch mehr, nämlich ca. 160 Mrd. Euro jährlich werden dem Staat durch Steuervermeidung vorenthalten und füllen die Konten weniger Nutznießer. Peer Steinbrück will deshalb auch die „legale“ Steuervermeidung reduzieren: „Große Konzerne nutzten das Steuergefälle und die verschiedenen Steuersysteme in Europa aus. Sie verlegen den Standort ihrer Steuerpflicht, so dass ihre Effektivbesteuerung skandalös gering ist.“

Diese Steuervermeidungspraktiken bringen insbesondere für kleinere Unternehmen erhebliche Wettbewerbsnachteile. Denn Standortverlagerungen in Steueroasen kommen für sie nicht in Frage. Den volkswirtschaftlichen Schaden, der durch diese Praktiken der „Großen“ entsteht, tragen sie durch anteilmäßig höhere Belastungen. Das ist nicht länger hinnehmbar. Nicht nur deshalb werden Selbständige und die Führer kleinerer Unternehmen von einer SPD-geführten Regierung profitieren. Von den von der SPD geplanten Steuererhöhungen bleiben sie verschont, auch wenn das die

Regierung und ihr nahestehende Medien gebetsmühlenartig bestreiten. Profitieren würden kleinere Unternehmen insbesondere durch mehr Ausgaben des Staates für Investitionen.

Auch mit nur einem Teil der jährlichen Mindereinnahmen von 30 Mrd. Euro durch Steuerbetrug und 160 Mrd. Euro ließen sich Investitionen in wirtschaftliche Infrastruktur und Bildung finanzieren. Mit bereits 80 Mrd. Euro jährlich ließe sich der bestehende Investitionsstau in unserem Lande beseitigen, so dass Institut für Wirtschaftsforschung (DIW).

Steinbrück wird konkret: „Allein mit 30 Mrd. könnten jährlich 15.000 Ganztagschulen mit Sozialpädagogen ausgestattet, 200.000 zusätzliche Kita-Plätze unterhalten und alle Kindergärten in Deutschland gebührenfrei gestaltet werden. Zusätzlich ließe sich die zum Teil marode Verkehrsinfrastruktur und der öffentliche Nahverkehr mit 10 Mrd. Euro jährlich modernisieren.“ Schuldentilgung plant Steinbrück ebenfalls. Und vielleicht bleibt ja noch was zur Reduzierung der „kalten Progression“ übrig. Das gehört auch zur Steuergerechtigkeit. Und betrifft die Leistungsträger unserer Gesellschaft. <

➤ **8-Punkte-Plan gegen schweren Steuerbetrug und -optimierung**

AGS REGIONAL

Mindestlohn-debatte in Düsseldorf:

Düsseldorfer Unternehmer sprechen sich für Mindestlohn aus

Es bedurfte einiger Diskussion, um Unterschiede zwischen den Positionen der SPD-Kandidaten Philipp Tacer und Andreas Rimkus einerseits und dem stadtbekanntem Bäcker Thomas Puppe andererseits zu erkennen, die sich auf Einladung der „Arbeitsgemeinschaft der Selbständigen“ der SPD Düsseldorf einen engagierten Austausch lieferten.

Bei grundsätzlicher Einigkeit über einen Mindestlohn von EUR 8,50 plädierte Thomas Puppe für Ausnahmen im Falle fehlender Qualifikation selbst für einfachste Aufgaben. Dem widersprach Dieter Schormann (Gewerkschaft NGG), da geringere Löhne kein menschenwürdiges Auskommen zuließen. Herr Rimkus ergänzte dies um die Forderung nach Qualifikationsmaßnahmen, die eine dem Mindestlohn gemäße fachliche Eignung sicherstellen könnten.

Übereinstimmung herrschte bei der Einschätzung, dass ein gesetzlicher Mindestlohn unlauteren Wettbewerb eindämmt und damit für Selbständige und kleinere Unternehmen Wettbewerbsgerechtigkeit wiederherstellen kann. Der Kritik, dass das Mindestlohngesetz unterlaufen werden könne, entgegnete Philipp Tacer, dass jede Gesetzesregelung auch zu kontrollieren sei, dass aber vor allem hinsichtlich der bestehenden Mindestlöhne kaum Rechtsverstöße festgestellt wurden.

Ein einmütiger Appell richtete sich schließlich auch an die Verbraucher: Dienstleistungen und Produkte guter Qualitäten bedürfen angemessener Entlohnung und eines fairen Preises. Wer dies beim Einkauf berücksichtigt, tut zweierlei: er handelt sozial, und er stärkt die Marktwirtschaft. <

Rückfragen werden gerne beantwortet von Thomas Gestrich-Gerschermann (gestrich@aol.com, Tel.: 0173-7045622).

AGS WELTWEIT

Afghanistan – ein Land mit einer Vielzahl von Möglichkeiten

Innenansichten eines Entwicklungshelfers

Ein Bericht von Gastautor und Rechtsanwalt Jürgen Baumann, Kabul

Afghanistan wird seit Jahren in der öffentlichen Wahrnehmung als ein völlig verarmtes und korruptes Entwicklungsland gesehen, in dem Deutschland und seine westlichen Partnerländer viele Gelder verschwenden und Soldaten ihr Leben sinnlos einsetzen.

Dabei gibt es auch ein ganz anderes Bild, das sich jedoch nur erschließt, wenn man bereit ist, sich Land und Leuten unbefangen zu nähern: 30 Mio. Menschen mit einem Bevölkerungswachstum von etwa 3,5 %, ein Wirtschaftswachstum von 3-5 % jährlich, zunehmend getragen durch die Privatwirtschaft des Landes, Rohstoffreichtum, dessen Erschließung nur mit Hil-

fe von ausländischem Know-how möglich sein wird, das Bedürfnis nach Schaffung einer modernen Infrastruktur und Konsumbedürfnisse der Bevölkerung, die befriedigt werden wollen. Bildungshunger, der dazu führt, dass Schulen im Mehrschichtbetrieb arbeiten, Universitäten, die nach Jahrzehnten der Zerstörung und der Ermordung geistiger Eliten versuchen, wieder an

alte Qualitäten anzuknüpfen und Menschen, die sich nach Frieden und einem kleinen Wohlstand sehnen, der für sie in den letzten 40 Jahren durch Kriege und Bürgerkriege nicht erreichbar war.

Deutschland genießt einen besonderen Ruf hier im Land, und alle Menschen, mit denen man hier zusammentrifft, öffnen sich schneller, weil Deutsche hier noch nicht als Besatzungsmacht oder Eroberer aufgetreten sind. Deutschland wird als Partner wahrgenommen und es wird oft der Wunsch geäußert: Wir möchten mehr mit Euch machen, denn Euch können wir vertrauen.

Natürlich sind Investitionen und Partnerschaften in einem fremden Land insbesondere immer davon abhängig, sichere rechtliche Rahmenbedingungen zu haben. Da gab es in den vergangenen Jahren große Defizite, aber nicht zuletzt durch die Arbeit der deutschen Entwicklungszusammenarbeit hat es maßgebliche Verbesserungen gegeben.

Eine der wesentlichen Veränderungen findet im Bereich der Justiz statt: seit 2008 gibt es eine unabhängige Rechtsanwaltschaft. Rechtsanwälte waren bis dahin in dieser Form nicht im Land bekannt. Die Rechtsanwaltskammer, AIBA, die seit ihrer Gründung durch das GIZ-Projekt *Rule of Law* erfolgreich und engagiert begleitet wird und bei deren weiterer Entwicklung

der Autor in den kommenden Jahren beratend tätig sein wird, arbeitet daran, eine kompetente und unabhängige Anwaltschaft aufzubauen, die nicht nur den Bürgerinnen und Bürgern des Landes im Justizsystem den Weg weist, sondern auch für ausländische Investoren und Geschäftspartnern an der Entwicklung von zuverlässigen und tragfähigen Konzepten arbeitet.

Milliarden Euro wurden und werden in Afghanistan investiert, warum nicht mit afghanischen Partnern gemeinsam an der dynamischen Entwicklung teilhaben? Die AIBA hilft Ihnen gerne bei der Suche nach kompetenter rechtlicher Beratung.

PS: Die Registrierung einer neuen Firma dauert heute nur noch zwei Tage und nicht mehr, wie bis vor wenigen Wochen 30 Tage. <

Kontakt Daten:

Rechtsanwalt Jürgen Baumann
c/o AIBA
Qala-e-Fathullah 3. Street #777
Kabul, Afghanistan, Tel: +93-791586544

GIZ Rule of Law
Herr Malte Kirchner
über Feldpost
64298 Darmstadt

JÜRGEN BAUMANN

Seine berufliche Laufbahn startete er in Berlin/Brandenburg. Nach erfolgreichem Abschluss des 2. Staatsexamens 1989 arbeitete er zunächst einige Jahre in der Landesentwicklung Brandenburgs für die LEG. 2001 schied er als Geschäftsführer der dortigen EWZ Entwicklungsgesellschaft Waldstadt Wünsdorf/Zehrendorf mbH aus und startete

als selbständiger Rechtsanwalt. Seit 2004 arbeitete er mit eigenem Büro in Bonn und kam so auch zur dortigen AGS. Aufgrund der ständigen Verschlechterung des Marktes für kleine Anwaltskanzleien entschloss er sich, neue berufliche Herausforderungen zu suchen – und fand diese nun in Afghanistan.

150 JAHRE SPD

Das Deutschlandfest der SPD

250.000 Menschen feiern in Berlin

Am 17. und 18. Juli fand das Deutschlandfest der SPD in Berlin statt. Grund genug, sich aus NRW auf den Weg zu machen. Eins vorweg: es hat sich gelohnt. Von Felix Münter, AGSNRW.

Schon am Freitag trafen nicht weniger als 4.000 Genossen aus ganz NRW in Berlin ein und vertrieben sich den Rest des Tages damit, die Stadt auf eigene Faust zu erkunden. Es war ja noch genug Zeit bis zur eigentlichen Eröffnung am Samstag.

Die Zeit vor der offiziellen Eröffnung nutzten zahlreiche Genossen aus allen Bundesländern für eine ausgiebige Erkundung der Stadt. Auf der Spree tummelten sich zahlreiche Schiffe, an denen die Parteifarben zu erkennen waren. Berlin hat so einiges zu bieten, und so war der Andrang entsprechend groß.

Gleichwohl die Feierlichkeiten schon um 11 Uhr begannen, füllte sich die Festmeile auf der Straße des 17. Juni ab 15 Uhr merklich. Schon im Vorfeld war um die Anwesenheit zu diesem Zeitpunkt gebeten worden, und die Besucher folgten diesem Aufruf. Während „Die Prinzen“ ihr Programm absolvierten, steigerte sich die Stimmung langsam, denn um 16 Uhr sollte der Politblock beginnen.

Pünktlich betrat Sigmar Gabriel die Bühne und wurde mit lautem Jubel und Applaus begrüßt. Der Parteivorsitzende war von der schier unermesslichen Menschenmenge sichtlich überwältigt und zog ein kurzes Fazit: „250.000 Besucher bis jetzt. Die CDU hat auf ihrem Wahlkampfauftakt mit Frau Merkel vor ein paar Tagen gerade einmal 3.000 Leute zusammen bekommen!“

Gabriel hielt sich kurz, denn die Bühne gehörte vor allem einer Person: Peer Steinbrück.

Als Peer dann die Bühne betrat, wollten Applaus und Jubel kein Ende nehmen. Zahlreiche Fahnen sorgten für ein Meer aus Rot, das den Kanzlerkandidaten im Empfang nahm. Auch Steinbrück war von den Menschenmassen, die ihm da zujubelten, sichtlich beeindruckt, setzte dann aber zu seiner lang erwarteten Rede an.

Staatstragend, wie sie zu einem solchen Anlass angemessen war. Der Kanzlerkandidat gab sich auffallend kämpferisch und angriffslustig, schien vor Energie und Optimismus nur so zu strotzen.

Und dann fielen die berühmten Worte: „Ich will Bundeskanzler der Bundesrepublik Deutschland werden!“

Jubel. Beifall. Fahnen. Und aus tausenden Kehlen der Ruf „Peer! Peer! Peer!“

Erst nach Minuten hatte sich die Menschenmenge soweit beruhigt, dass Steinbrück weitermachen konnte. Professionell arbeitet er noch einmal die zentralen Punkte der SPD heraus, bekräftigte, wofür die Partei und er stehen. Zum Ende der Rede gesellte sich dann das Kompetenzteam samt den Landesministern mit auf die Bühne, und das Publikum klatschte auch hier stürmisch.

Eine Stimmung, wie man sie nicht alle Tage erlebt – und eine Rede, die zumindest mir noch lange im Gedächtnis bleiben wird.

Der Rest des Tages ging dann fulminant weiter, die Highlights am Abend waren ganz sicher Stefanie Heinzmann, Dick Brave und natürlich Nena. Nicht vergessen sollte man das Debatzenzelt, bei dem die Parteispitze zeigte, was ihr Kerngeschäft eigentlich ist.

Als besonderes „Schmankerl“ des Deutschlandfests erwies sich auch das Lesezelt, in dem den Kindern durch die Spitzenpolitiker vorgetragen wurde. Bekannt ist hier sicherlich die grandiose Darbietung der „Bremer Stadtmusikanten“, aber auch Hannelore Kraft bewies bereits am Samstag, dass sie kleine wie große Zuhörer in den Bann schlagen kann.

Alles in allem ein gelungenes Fest: Zahlreiche Stände, zahlreiche Aktivitäten. Alle Arbeitsgemeinschaften – natürlich auch die AGS – waren vertreten, und man konnte kaum ein paar Meter gehen, ohne ein interessantes Gespräch zu beginnen. Etwas ruhiger ging es da am Sonntag zu, bei bestem Wetter strömten immer noch Tausende auf die Festmeile. Für uns hieß es dann aber um 14 Uhr: auf in die Heimat, zurück nach NRW.

So muss ein Geburtstagsfest sein! <

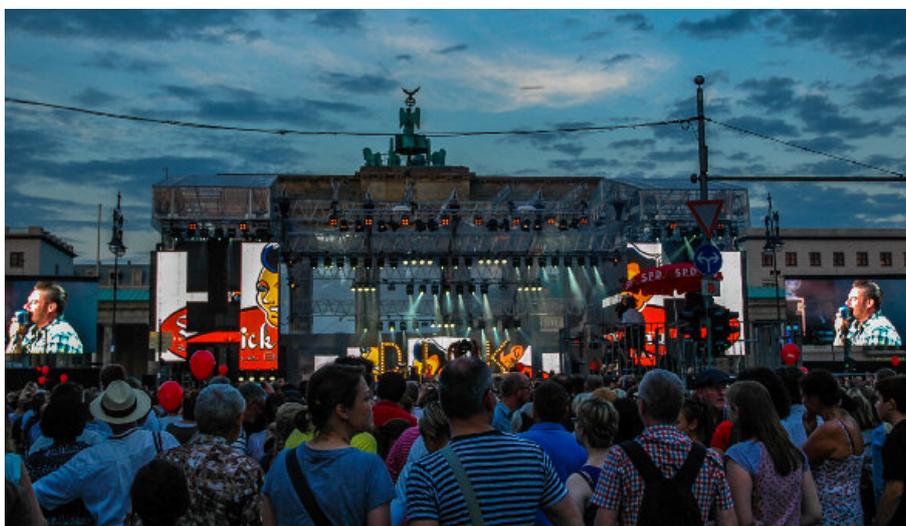
150 JAHRE SPD

Fotos vom SPD-Deutschlandfest,
17./18. August, Berlin



Felix Münter, Vorstandsmitglied der AGSNRW, am Stand der Bundes-AGS

*Ein Riesenauflauf mit einer Viertel-
million Genossen aus ganz Deutsch-
land*



*Bis in den Abend wurde gefeiert, vie-
le bekannte Künstler traten auf –
hier: Dick Brave and the Backbeats*

150 JAHRE SPD

Fotos vom SPD-Deutschlandfest,
17./18. August, Berlin



Peer Steinbrück, Hannelore Kraft, Sigmar Gabriel und das Kompetenzteam auf der Bühne



Fröhliches Gewusel auf dem Deutschlandfest der SPD



Ein eindrucksvolles Bild: 250.000 Menschen feiern sich und ihre Partei vor dem Brandenburger Tor in Berlin. Freundschaft!

AGS INTERN

Wir sind dabei - auch in Zukunft!

AGSNRW auf dem Zukunftskonvent der NRWSPD



Am 6. Juli hatte die NRWSPD zum Zukunftskonvent geladen, und natürlich war die AGS dabei – nicht nur, um in den Themenforen mitzumischen, sondern natürlich auch, um unseren künftigen Kanzler zu sehen und zu hören. Von Susanne Brefort, AGSNRW.

Es war ein Erlebnis! Das ist der Peer Steinbrück, den wir nach Kräften unterstützen, angriffslustig, integer, schlagfertig: Weiter so, Peer!

Quasi am Rande hatten wir Gelegenheit, uns mit vielen Freunden aus allen Teilen des Landes zu unterhalten und alte Bande neu zu knüpfen.

So erinnerte uns **Guntram Schneider**, Minister für Arbeit, Integration und Soziales in NRW: „Die AGS hatte mal mehr Mitglieder als die ganze FDP.“ Genau. Und genau da wollen wir wieder hin!

Wir sind auf dem besten Weg. Gegen Ende der Veranstaltung trafen wir uns kurz mit **Hannelore Kraft** und

Peer Steinbrück. Frage von Peer: „Ach, die AGS – was macht ihr denn so?“ Bevor einer von uns antworten konnte, sprach Hannelore für uns: „Unsere AGS, die machen richtig viel, die mischen richtig bei uns mit!“

Das ging runter wie Öl – und so soll es auch bleiben: die AGS mischt mit! <

AGS INTERN

Fotos vom Zukunftskonvent der NRWSPD, 6. Juli, Bochum



Treffen unter Freunden: mit Guntram Schneider in unserer Mitte



Peer Steinbrück, unser künftiger Kanzler, bei seiner Rede



Kurzes Zusammentreffen mit Hannelore Kraft und Peer Steinbrück: Lob von unserer Ministerpräsidentin



TV-DUELL

„GERECHTIGKEIT MACHT STÄRKER“ ARD-UMFRAGE ZEIGT: STEINBRÜCK GEWINNT GEGEN MERKEL.

Am 22. September steht vieles zur Wahl: ordentliche Löhne oder mehr Billig-Jobs, Kita-Ausbau oder Betreuungsgeld, Bürgerversicherung oder Zwei-Klassen-Medizin. Es geht um Tatkraft für einen neuen Kurs. Das TV-Duell hat die Unterschiede deutlich gemacht. Die Menschen können jetzt wählen: Merkels Gleichgültigkeit ohne Richtung. Oder Politik mit klarer Ansage – und einem Ziel.

Peer Steinbrück steht für einen neuen Aufbruch. Denn die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auseinander. Er will anpacken, damit das Land wirtschaftlich stark und sozial gerecht wird. Das ist sein Ziel und seine Vorschläge sind konkret:

- Frauen und Männer, die hart arbeiten, sollen auch einen **ordentlichen Lohn** bekommen – und eine gute Rente. Das geht mit starken Tariflöhnen, mit dem gesetzlichen Mindestlohn, der Solidarrente und mit der vollen Rente schon ab 63 für alle, die 45 Jahre gearbeitet haben.
- Peer Steinbrück wird in **Bildung** investieren und in bessere **Kinderbetreuung** – schrittweise bis zu 20 Milliarden Euro mehr. Damit Eltern auch einen Rechtsanspruch auf einen Ganztagsplatz für ihr Kind haben: nicht nur für die Kita, sondern auch für die Schule. Und mittelfristig werden sie dafür auch nichts mehr bezahlen müssen.
- Anders als Angela Merkel verspricht Peer Steinbrück nichts, was er nicht halten kann. Darum hat er einen detaillierten Plan, wie seine Vorschläge finanziert werden. Es geht zum Beispiel um **gerechte Steuern**: Die reichsten 5 Prozent der Spitzenverdiener werden etwas mehr zahlen müssen. Und Steuerbetrüger werden ihr Geld nicht mehr so leicht beiseite schaffen können. Außerdem werden Banken ihr Risiko selbst absichern müssen und die Spekulantensteuer wird eingeführt.

Klartext gewinnt: Peer Steinbrück liegt bei den Unentschlossenen deutlich vorn – 52 zu 36 Prozent. Er war verständlicher und hat die besseren Argumente. **Insgesamt hat er mit 49 Prozent mehr Menschen überzeugt** als Merkel (44 %). Das ergab die **ARD-Blitzumfrage** nach dem Duell.

„Meine Idee für Deutschland ist ein Land, das stark ist, weil es gerecht zugeht.“
Peer Steinbrück

WWW.MITMACHEN.SPD.DE

TERMINE

05.09., 19.00 Uhr, AGS Bottrop

Vorstandssitzung: Gäste sind herzlich willkommen!

Tennishalle Kirchhellen, Von-Braun-Str. 35a, Bottrop-Kirchhellen

05.09., 20.00 Uhr, AGS Bottrop

Richtig versichert? Was ein Unternehmer braucht – und was nicht.

Falsche oder überflüssige Versicherungen kosten viel Geld. Dieter Luyken (AGS Bottrop) informiert über Notwendiges, Wichtiges und Unnötiges, ganz aus Unternehmersicht.

Tennishalle Kirchhellen, Von-Braun-Str. 35a, Bottrop-Kirchhellen

09.-13.09., Aktionswoche 150 Jahre SPD

In Bottrop wird eine ganze Woche lang gefeiert!

Am Freitag, 13.09. präsentieren sich ab 14.00 Uhr auch die Arbeitsgemeinschaften mit einem eigenen Stand, die AGS Bottrop ist natürlich dabei: wir bringen eine gigantische Hüpfburg mit. Kontakt: kontakt@ags-bottrop.de.
Berliner Platz, Bottrop

25.09., 19.00 Uhr, AGS Gelsenkirchen

Wie arbeitet die Stadtmarketinggesellschaft eigentlich?

Hans-Sachs-Haus, Gelsenkirchen Zentrum

Die nächste Ausgabe der AGS:NACHRICHTEN erscheint Anfang Oktober 2013, Redaktionsschluss ist der **30.09.2013**. Artikel, Terminhinweise, Fotos/Grafiken und Leserzuschriften bitte an die Adresse redaktion@ags-in-nrw.de senden.



**SELBSTÄNDIG.
VERANTWORTLICH.
SOLIDARISCH.**

Die AGS in NRW.

Bis zur nächsten Ausgabe!

André Brümmer

Vorsitzender der AGSNRW